

Pressemitteilung vom 04.07.2012 | 11:18
Deutsche Krebshilfe e. V.

Nichtraucherschutz in NRW: vom Schlusslicht zum Vorbild

Gesundheitsorganisationen begrüßen Vorstoß der Landesregierung

Bonn (jti) - Nordrhein-Westfalen ist derzeit im bundesweiten Vergleich zusammen mit Bremen das Schlusslicht beim Nichtraucherschutz in Deutschland. Das soll sich nun ändern. Gesundheitsministerin Barbara Steffens hat heute einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der den Nichtraucherschutz in NRW verbessern und die bestehenden Lücken im Gesetz schließen soll. Das AKTIONSBÜNDNIS NICHTRAUCHEN, ein Zusammenschluss von elf bundesweit tätigen Gesundheitsorganisationen, dem auch die Deutsche Krebshilfe und das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg angehören, begrüßt diese Initiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung. „Wir erwarten, dass das Gesetz von Frau Steffens nun auch ohne Abstriche im Landtag beschlossen wird“, sagt Dr. Uwe Prümel-Philippson, Sprecher des AKTIONSBÜNDNIS NICHTRAUCHEN.

In Nordrhein-Westfalen wird derzeit noch in über 80 Prozent der Kneipen geraucht. Auch bei Brauchtums- und Festveranstaltungen wie dem Karneval greifen Menschen zur Zigarette - selbst in Anwesenheit von Kindern. „Grund dafür sind die vielen Ausnahmen und Schlupflöcher, die das derzeit geltende Landesgesetz zulässt. Wir freuen uns, dass diese Lücken im Gesetz nun endlich geschlossen werden sollen“, so Prümel-Philippson. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht unter anderem vor, das Rauchen in Kneipen, Restaurants, Festzelten, geschlossenen Sportstadien und auf Spielplätzen zu verbieten. Die noch bestehenden Ausnahmen vom Rauchverbot für Schulgelände, Raucherräume und Raucherclubs sollen aufgehoben werden. „Wenn der Landtag in den kommenden Wochen die Beratungen abschließt, werden Nichtraucherinnen und Nichtraucher in Nordrhein-Westfalen bald besser vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt sein. Das wäre ein erheblicher Fortschritt hinsichtlich der Lebensqualität im Land“, so Prümel-Philippson.

„Auch wir unterstützen die Gesetzesinitiative der Landesregierung nachdrücklich und werben dringend für eine möglichst breite Unterstützung des Anliegens im Landtag“, sagt Gerd Nettekoven, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krebshilfe. Denn Rauchen sei das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko. „Ein Drittel aller Krebserkrankungen ist allein auf den Tabakkonsum zurückzuführen. 110.000 Menschen sterben jährlich hierzulande an den Folgen des Rauchens. Hinzu kommen 3.300 Nichtraucher, die dem Passivrauchen ausgesetzt waren“, so Nettekoven weiter. Entgegen einiger Befürchtungen sei auch nicht mit einem Kneipensterben aufgrund des besseren Gesundheitsschutzes in nordrhein-westfälischen Gaststätten zu rechnen. Eine Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums habe kürzlich ergeben, dass es in Bayern nach Einführung des konsequenten Rauchverbots nicht zu wirtschaftlichen Einbrüchen in der Gastronomie gekommen sei.

Studien weltweit belegen, dass ein komplettes Rauchverbot in der Öffentlichkeit die Zahl der Herzinfarkte bei Erwachsenen und der Asthmaanfälle bei Kindern signifikant senkt. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich inzwischen auch eine rauchfreie Gastronomie. Nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Krebsforschungszentrums sprechen sich derzeit 77,5 Prozent der Deutschen für ein Rauchverbot in Gaststätten aus. „Besonders freut uns, dass mit 51 Prozent erstmals auch die Mehrheit der Raucher positiv gegenüber der rauchfreien Gastronomie eingestellt ist“, sagt Dr. Martina Pötschke-Langer, Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention am Deutschen Krebsforschungszentrum.

Interviewpartner auf Anfrage!

Hintergrund-Information: AKTIONSBÜNDNIS NICHTRAUCHEN

Das AKTIONSBÜNDNIS NICHTRAUCHEN ist ein Zusammenschluss von elf bundesweit tätigen Organisationen des Gesundheitswesens in Deutschland. Es wurde mit dem Ziel gegründet, Maßnahmen zur Tabakkontrolle auf politischer Ebene anzuregen, zu fördern und zu begleiten. Folgende Organisationen bilden das AKTIONSBÜNDNIS NICHTRAUCHEN: Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit, Bundesärztekammer, Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung, Deutsche Gesellschaft für Kardiologie, Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin, Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen, Deutsches Krebsforschungszentrum, Deutsche Krebsgesellschaft, Deutsche Krebshilfe, Deutsche Lungenstiftung und Deutsche Herzstiftung.

Herausgeber:
Deutsche Krebshilfe e. V.
Buschstr. 32
53113 Bonn
Internet: www.krebshilfe.de
E-Mail: deutsche@krebshilfe.de

Bonn - Veröffentlicht von pressrelations

Link zur Pressemitteilung: <http://www.pressrelations.de/new/standard/dereferer.cfm?r=500809>